

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



HAND-EXPRESS



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 5/16 ~

INTRO

Das Flüchtlingsthema wird wohl die Menschen in Europa noch lange Zeit beschäftigen. Kein Tag vergeht, ohne dass nicht in den Medien darüber berichtet wird. Dabei ist festzustellen, dass eine zweiseitige Berichterstattung stattfindet. Einerseits wird die „Willkommenskultur“ großgeschrieben, und andererseits wird vor allem seit den Kölner Übergriffen vermehrt auch negativ über Flüchtlinge oder Migranten berichtet. Mit dieser Art der Berichterstattung machen sich die Medien der Volksaufwiegelung schuldig, weil alle gegen alle aufgehetzt werden: Diejenigen, die alle aufnehmen wollen, ob wirkliche Flüchtlinge oder Wirtschaftsflüchtlinge, gegen diejenigen, die finden, dass eine unbegrenzte Zuwanderung schädlich sei. Doch auch die Flüchtlinge werden aufgehetzt gegen die Kritiker der „Willkommens-

kultur“ usw. Welche Absicht steckt hinter dieser Aufhetzung „alle gegen alle“? Mittlerweile ist es ein offenes Geheimnis, dass sich gewisse Globalstrategen zum Ziel gesetzt haben, eine Eine-Welt-Regierung herbeizuführen. Um jedoch den Schrei der Menschen nach einer starken Hand, die mit eiserner Rute für Ruhe und Ordnung sorgt, auszulösen, braucht es zuerst die Destabilisierung der Nationen. Diese geschieht gegenwärtig auch durch die unbegrenzte Zuwanderung, die von vielen Aufklärern als „Migrationswaffe“ bezeichnet wird.

Dazu empfehlen wir Ihnen, die Vorträge der 12. AZK-Konferenz auf www.anti-zensur.info zu studieren. Der nebenstehende Leitartikel beweist auch, dass der Zustrom, der als Migrationswaffe missbrauchten Flüchtlinge, gesenkt werden kann.

Die Redaktion (brm.)

Was meint der Begriff „Migrationswaffe“ ?

Definition von Prof. Dr. Michael Vogt (Historiker und Kommunikationswissenschaftler): „Die Migrationswaffe ist keine böswillige Erfindung von irgendwelchen Verschwörungstheoretikern, sondern eine Grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegung – absichtlich erzeugt oder manipuliert – um von einem oder mehreren Zielstaaten politische, militärische und/oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erzwingen. Erpressung ist also ein Hintergrund einer solchen Migrationswaffe, die hier eingesetzt wird. Aber es kann auch neben der Erpressung

um die reine Zerstörungswut gehen und es kann natürlich darüber hinaus auch darum gehen, die sogenannten ‚Geberländer‘, wie wir es ja im Augenblick in Syrien erleben, auszudünnen und zu schwächen. Der syrischen Armee fehlen ja inzwischen die Soldaten im Kampf gegen den IS. Also eine Destabilisierung sowohl der Länder, die auf diese Art und Weise Menschen verlieren, als auch die, die auf diese Art und Weise Menschen bekommen. Diese Migrationswaffe, mit der wir es hier zu tun haben, ist schon seit vielen Jahrzehnten ein be-

Flüchtlingen kann auch vor Ort geholfen werden

ea./db. Es geht also doch – sogar „echte“ Kriegsflüchtlinge können im Krisengebiet vor Ort aufgefangen und betreut werden. Das Mitte September 2015 errichtete Flüchtlingslager in der west-syrischen Stadt Hama bietet Platz für insgesamt 1.000 Flüchtlinge und wurde von russischen Spezialisten errichtet, komplett mit allem Notwendigen zum Leben ausgestattet und an die syrischen Behörden vor Ort übergeben. Alle weiteren notwendigen Lieferungen werden ebenfalls von Russland mit Transportflugzeugen übernommen. Diese vorbildliche Vorgehensweise Russlands zeigt, wie sich eine Zusammenar-

beit mit den syrischen Behörden erfolgreich auswirkt. Flüchtlingshilfe vor Ort bringt mehrere Vorteile mit sich: Einerseits werden die Asylsuchenden nicht mehr ihrer Heimat entwurzelt und andererseits können Flüchtlingsströme nach Europa eingedämmt werden. Ebenso wird der Strom von „trittbrettfahrenden“ Wirtschaftsflüchtlingen erheblich gesenkt, weil sie sich nicht länger hinter den „echten“ Flüchtlingen verstecken können. Es ist für Europa an der Zeit, dem Vorbild Russlands zu folgen und den gelenkten Flüchtlingsströmen eine sinnvolle Alternative zu bieten? [1]

Das Recht des Gastgebers, die Regeln zu bestimmen

Der deutsche Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof schreibt in seinem zweiten offenen Brief an Frau Dr. Merkel: „[...] Sie haben die Diskussion um die Migrantenaufnahme auf das Begriffspaar ‚Willkommenskultur‘ und ‚Ausländerfeindlichkeit‘ reduziert und damit erstens eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen weiter Teile der Bevölkerung unterdrückt und umschifft und zweitens die Nation gespalten. Das angemessenere Begriffspaar wäre ‚Gäste‘ und ‚Gastgeber‘ gewesen. Das deutsche Volk als Gastgeber hat den Gästen sehr viel Hilfsbereitschaft entgegengebracht und dabei großen Idealismus bewiesen. Aber Sie haben nicht beachtet und

deutlich gemacht, dass Gastgeber auch Rechte haben. Jeder Gastgeber darf bestimmen, wie viel Gäste er in sein Haus‘ aufnimmt. Jeder Gastgeber hat das Recht, die Sitten in seinem Haus zu bestimmen. Jeder Gastgeber hat das Recht, eine auf Dauer angelegte Übernahme seines Hauses durch Gäste zu verhindern. Die Gäste haben diese Gastgeberrechte zu respektieren und sich im Gastland einzufügen und anzupassen. Wenn dies [...] durch die einzelnen Gastgeber nicht zu bewirken ist, hat dies der Gastgeberstaat für seine Bürger sicherzustellen. Davon ist unter Ihrer Regierung nichts zu spüren. Sie ordnen stattdessen an: Deutschland muss sich ändern [...]“ [2]

liebt Instrument gewesen und gar nichts Neues. Diese funktioniert nur mit einer politisch korrekten Propaganda (Medien), wo-

nach die Flüchtlinge nicht nur hilfsbedürftig, sondern sogar willkommen sind, um damit den Zielstaat wehrlos zu machen.“ [3]

Quellen: [1] <http://de.sputniknews.com/panorama/20150917/304377310.html> | www.youtube.com/watch?v=qgothNvBRfY [2] aus Originalartikel, www.compact-online.de/bitte-treten-sie-zurueck-zweiter-offener-brief-von-generalmajor-a-d-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/

[3] Originalauszug aus Vortrag von Prof. Dr. Michael Vogt an der 12. AZK-Konferenz: www.anti-zensur.info/azk12/destabilisierungmigrationswaffe

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Was haben Durchsetzungsinitiative und Flüchtlingskontroverse gemeinsam?

rb. Am 28.11.2010 hatten die Schweizer in einer Volksabstimmung trotz einer massiven Gegenkampagne die Ausschaffungsinitiative angenommen. Bei der von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lancierten Initiative geht es darum, dass ausländische Kriminelle, wenn sie bestimmte gravierende Delikte begangen haben, automatisch ausgewiesen werden. Da der Bundesrat nicht gewillt war, die Initiative umzusetzen, sah sich die SVP genötigt, abermals über 100.000 Unterschriften zu sammeln, um mit der Durchsetzungsinitiative die Ausschaffungsinitiative zur Umsetzung zu bringen. Am 28.2.2016 kommt die Durchsetzungsinitiative zur Abstimmung und ist wie schon die Ausschaffungsini-

tiative Gegenstand heftigster Kontroversen. Die Gegner der Initiative befürchten, dass sich eine Mehrheit des Stimmbolkes für die Ausschaffung *krimineller* Ausländer aussprechen wird. Es erstaunt, dass die Initiative und somit die SVP als unmenschlich, radikal und extrem bezeichnet wird. Das gleiche Phänomen ist auch in der Flüchtlingskontroverse erkennbar. Wer die schrankenlose Zuwanderung bzw. Ausländerkriminalität kritisiert, wird schnell einmal als Rassist bezeichnet. Damit werden Menschen, die lediglich ihre Besorgnis für ihr Heimatland und deren Bevölkerung zum Ausdruck bringen, in der Öffentlichkeit diffamiert und ihrer Glaubwürdigkeit beraubt. [4]

Keine Ausweisung wegen „Bagatell-Delikten“

rs. Der Ständerat, Rechtsanwalt und Harvard-Absolvent Andrea Caroni bekämpft die Durchsetzungsinitiative mit folgendem Argument: Es darf nicht sein, dass bei einer Annahme der Initiative, ein vorbestrafter Ausländer bereits dann ausgeschafft werde, wenn er aus dem Garten seines Nachbarn einen Apfel klaut. Im Initiativtext kann jedoch jedermann nachlesen, dass einer Ausweisung von kriminellen Ausländern zwingend gerichtliche Strafverfahren vorausgehen haben, die mit Schuldsprüchen enden. Da stellt sich nun die Frage, ob in der Schweiz das Klauen eines Apfels von Nachbars Apfelbaum je ein gerichtliches Strafverfahren ausgelöst hat? Langjährige, erfahrene Richter haben dazu bereits festgehalten, dass aus schweize-

rischer Rechtsgeschichte nichts dergleichen bekannt sei. Die Voraussetzung für die Ausweisung eines ausländischen Kriminellen ist ein Schuldspruch, hervorgegangen aus ordentlichem gerichtlichem Strafverfahren. In schweren Fällen wie Mord, Vergewaltigung und Einbruchdiebstahl bewirkt gemäß Durchsetzungsinitiative bereits ein einziger Schuldspruch die Ausweisung. Bei als weniger schwer eingestuften Delikten erfolgt die Ausweisung nach erstmaliger Rückfälligkeit. [5]

Schlusspunkt •

Am 18.1.2016 antwortete ein schweiz-türkischer Doppelbürger dem Schweizer Radio SRF, wie er bei der Durchsetzungsinitiative abstimmen würde: „Mit einem Ja! Hier zu leben ist schließlich ein Privileg, das würde wohl mancher vergessen. Sie kommen in das Land, können hier leben und haben hier Freiheit. Da darf man sich eigentlich nicht groß etwas zu Schulden kommen lassen. Viele Türken haben es in der Schweiz zu etwas gebracht und oft werden dann diese mit anderen, die sich nicht an die Regeln halten, in einen Topf geworfen. Das geht doch nicht!“

Dieser junge Mann mit Migrationshintergrund bringt zum Ausdruck, was auch der Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof in seinem offenen Brief an Frau Merkel geschrieben hat: Dass es nämlich das Selbstverständlichste auf der Welt zu sein scheint, sich gegenüber einem Gastgeber anständig zu verhalten. Warum darf dann Ausländerkriminalität kaum noch angesprochen werden?

Die Redaktion (brm.)

Die hohen Kosten von importierter Kriminalität

of./dk. Als Bildungs- und Sicherheitsminister des Schweizer Kantons Wallis sieht sich Oskar Freysinger mit dem kostenintensiven Problem der importierten Ausländerkriminalität konfrontiert. Durch die Nichtumsetzung der Ausschaffungsinitiative von 2010 seien den von Budgetsorgen geplagten Kantonen erhebliche Mehrkosten im Strafvollzugsbereich entstanden. Für das Jahr

2015 hochgerechnet bezahle allein der Kanton Wallis 16,66 Millionen Schweizer Franken für den Straf- und Massnahmenvollzug für ausländische Häftlinge, die beinahe 70 % der Insassen ausmachen. Schweizweit belaufen sich die Kosten pro Jahr, für inhaftierte Ausländer, auf über 730 Mio. Schweizer Franken. Eine Umsetzung der Initiative würde die Kosten hauptsächlich im

Bereich der Untersuchungshaft und im Massnahmenvollzug mittelfristig senken, was auch die nötige Entspannung in den völlig überbelegten Gefängnisanstalten bringen würde. Es sei zwingend nötig über Instrumente zu verfügen, die es ermöglichen die Situation zu korrigieren. Die Durchsetzungsinitiative, über die am 28. Februar 2016 abgestimmt wird, ist eines davon. [6]

Wirtschaftsflüchtlingsstrom eindämmen durch Spekulationsstopp

mab. In einem Interview sagte die Geschäftsleiterin der privaten Entwicklungshilfe-Organisation Swissaid, Caroline Morel, zur Abstimmung am 28.2.2016 über die „Spekulationsstopp-Initiative“: „Es geht bei der Initiative darum, dass die vom physischen Handel abgekoppelte Spekulation mit Agrarrohstoffen von Finanzinvestoren, Banken und Hedgefonds reguliert werden soll. Diese Art von Spekulation führt immer wieder zu Preiserhö-

hungen und Preisschwankungen für Grundnahrungsmittel. In Entwicklungsländern geben arme Haushalte 60 bis 80 % ihres Einkommens fürs Essen aus. Durch steigende Preise für Grundnahrungsmittel, werden diese Familien in ihrer Existenz bedroht. Angesichts der 800 Millionen Menschen, die heute unter Hunger leiden, ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln ein Skandal. Gerade in der Schweiz, einem der wichtigsten globalen Han-

delsplätze für Agrarrohstoffe, braucht es einen mutigen politischen Schritt zum Schutz des Rechts auf Nahrung für alle.“ Wenn durch einen Spekulationsstopp von Grundnahrungsmitteln die Armut auf der Welt vermindert werden kann, dann wird es auch weniger Wirtschaftsflüchtlinge geben, die ihre Heimat in Richtung Europa verlassen werden. [7]

Quellen: [4] www.durchsetzungsinitiative.ch | www.kla.tv/7599 [5] *Brisant vom 8.1.2016* [6] www.politonline.ch/?content=news&newsid=2479 | www.politonline.ch/?content=news&newsid=2485 | www.durchsetzungsinitiative.ch [7] www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2357 | <http://spekulationsstopp.ch>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 29.01.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



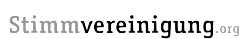
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv